

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	V
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	XIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Zum Inhalt .....	XXVII

## **Erster Teil: Geopolitische Dynamik, Genese und unionsverfassungsrechtliche Einordnung**

<b>1. Kapitel Hic sunt leones – Investitionskontrolle im Spannungsfeld einer neuen ordnungspolitischen Dynamik</b> .....	1
I. Einleitung .....	2
II. Veränderte Ausgangslage .....	2
III. Systemischer Wettbewerb als neue ordnungspolitische Dynamik .....	4
IV. Direktinvestitionen und der neue systemische Wettbewerb .....	6
A. Produkte und Technologien im Zentrum .....	6
B. Unternehmerische Lieferketten .....	7
C. Technologien .....	7
D. Standards und Normen .....	9
V. Wirtschaftliche Krisenvorsorge .....	10
<b>2. Kapitel Europarecht – FDI-ScreeningVO</b> .....	12
I. Einleitung .....	13
II. Österreichische Rechtslage vor der FDI-ScreeningVO .....	13
A. Erste Investitionskontrollregelung im AußWG .....	13
B. Bedenken der Europäischen Kommission .....	14
C. Novelle von § 25 a AußWG .....	14
III. Gesetzgebungsverfahren betreffend die FDI-ScreeningVO .....	15
A. Neue Entwicklungen bei Direktinvestitionen als Auslöser für eine EU-weite Regelung von ausländischen Direktinvestitionen .....	15
B. Der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission .....	16
C. Die Reaktionen im Rat .....	17
D. Österreichische Position .....	17
E. Position des Europäischen Parlaments .....	18
F. Informelle Trilogie .....	18
IV. Bedeutung der FDI-ScreeningVO für Österreich – Neuregelung der Investitionskontrolle .....	20
V. „Pflicht“ – Notwendige begleitende nationale Vorschriften zur FDI-ScreeningVO .....	21
A. Bestimmung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort zur nationalen Kontaktstelle .....	21
B. Einführung nationaler Vorschriften zur Durchführung des EU-Kooperationsmechanismus .....	21
1. Allgemeines .....	21
2. Überprüfte Investitionen in Österreich .....	21
3. Nicht überprüfte Investitionen in Österreich .....	22
4. Investitionen, die voraussichtlich Projekte oder Programme von Unionsinteresse betreffen .....	23

5. Direktinvestitionen in anderen Mitgliedstaaten .....	23
C. Neugestaltung der Verfahrensfristen .....	24
D. Berichtspflichten .....	24
E. Vertraulichkeitsregelungen .....	24
VI. „Kür I“ – wichtigste Neuregelungen mit Bezug zur FDI-ScreeningVO .....	25
A. Einleitung .....	25
B. Präzisierung der relevanten Bereiche und der zusätzlichen Genehmigungskriterien .....	25
1. Relevante Bereiche .....	25
2. Zusätzliche Kriterien .....	25
C. Neuregelung der Umgehungsbestimmungen – Erfassung mittelbarer Erwerbe ..	26
1. Regelung nach § 25a AußWG .....	26
2. Genehmigungspflicht nach InvKG auch für mittelbare Erwerbsvorgänge ..	27
3. Angabe und Prüfung des „tatsächlichen Investors“ .....	27
D. Verfahrenseinleitung von Amts wegen mangels Genehmigungsantrag .....	27
E. Investitionskontrollkomitee .....	28
VII. „Kür II“ – Neuregelungen ohne unmittelbaren Bezug zur FDI-ScreeningVO .....	29
A. Erfasste Vorgänge .....	29
B. Schwellenwerte .....	29
1. Teilweise Absenkung auf 10% .....	29
2. Erneute Genehmigung bei Erhöhung von Stimmrechtsanteilen .....	30
C. Ausnahmen .....	31
D. Subsidiäre Anzeigepflicht für das Zielunternehmen .....	31
E. Unbedenklichkeitsbescheinigung .....	32
F. Sanktionen .....	32
1. Gerichtliches Strafrecht .....	32
2. Verwaltungsstrafrecht .....	32
3. Zivilrechtliche Sanktionen .....	33
VIII. Ausblick – erwartete Auswirkungen der FDI-ScreeningVO auf die Bestimmungen zur Investitionskontrolle in der EU und in Österreich .....	33
A. Verstärkter Druck der Kommission auf die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die COVID-19-Krise .....	33
B. Bestrebungen in vielen Mitgliedstaaten, neue Kontrollsysteme einzuführen oder bestehende Systeme zu verschärfen .....	34
C. Weiterentwicklung des Kooperationsmechanismus .....	34
D. Annäherung der Prüfsysteme? .....	35
E. EU-weite Prüfverfahren als zumindest mittelfristige Perspektive? .....	35
<b>3. Kapitel Kompetenzziele Einordnung .....</b>	<b>37</b>
I. Einleitung .....	38
II. Zur FDI-ScreeningVO .....	38
A. Die Rechtsgrundlage der FDI-ScreeningVO .....	38
1. Die Reichweite der Kompetenz nach Art 207 AEUV .....	38
2. Die Tauglichkeit der Rechtsgrundlage des Art 207 AEUV .....	39
3. Die Ausschließlichkeit der Kompetenz nach Art 207 AEUV .....	40
4. Der Uniformitätsanspruch der Außenhandelspolitik .....	43
B. Das Instrument der Verordnung .....	45
1. Innerstaatliche Wirkung .....	45
2. Spielraum der Mitgliedstaaten/Steuerung durch die Kommission .....	46
C. Das Verhältnis der FDI-ScreeningVO zu den Grundfreiheiten .....	48
1. Einleitung .....	48
2. Niederlassungsfreiheit .....	48
3. Kapitalverkehrsfreiheit: Vereinbarkeit .....	49
4. Kapitalverkehrsfreiheit: Ausgestaltung .....	49

D. Die Rolle des Art 4 Abs 2 EUV .....	51
III. Zum Investitionskontrollgesetz .....	52
A. Das Verhältnis des InvKG zur FDI-ScreeningVO .....	52
B. Das Verhältnis des InvKG zu den Grundfreiheiten .....	53
1. Einleitung .....	53
2. Im Anwendungsbereich der FDI-ScreeningVO .....	53
3. Außerhalb des Anwendungsbereichs der FDI-ScreeningVO .....	55
IV. Schlussbemerkungen .....	55

**Zweiter Teil: Umfasste Erwerbsvorgänge und Prüfungsmaßstab nach dem InvKG**

<b>4. Kapitel Umfasste Vorgänge: Direktinvestitionen .....</b>	<b>57</b>
I. Einleitung .....	58
II. Erwerb durch eine ausländische Person .....	59
III. Erwerb an einem österreichischen Unternehmen .....	61
A. Einleitung .....	61
B. Unternehmen .....	61
1. Unternehmensbegriff nach § 1 Abs 2 UGB .....	61
2. Wirtschaftliche Tätigkeit .....	62
3. Selbständigkeit .....	62
4. Dauer .....	63
5. Organisation .....	63
6. Entgeltlichkeit .....	63
7. Sonstiges .....	63
C. Sitz oder Ort der Hauptverwaltung in Österreich .....	64
IV. Sicherheits-/ordnungsrelevante Tätigkeit .....	65
A. Anlage – Teil 1 .....	67
B. Anlage – Teil 2 .....	68
1. Erfasste kritische Bereiche .....	68
2. Kritische Infrastrukturen (Z 1) .....	70
3. Kritische Technologien (Z 2) .....	72
4. Versorgung mit kritischen Ressourcen (Z 3) .....	72
5. Zugang zu sensiblen Informationen (Z 4) .....	73
6. Freiheit und Pluralität der Medien (Z 5) .....	74
7. Kritizität der Tätigkeit .....	75
V. Direktinvestition .....	76
A. Einleitung .....	76
1. Verhältnis zur FDI-ScreeningVO .....	76
2. Definition von Direktinvestition .....	77
3. Dauerhaftigkeit .....	78
4. Verhältnis der Tatbestände in lit a–d .....	78
5. Gruppeninterne Reorganisation .....	78
B. Erwerb eines österreichischen Unternehmens (lit a) .....	79
C. Erwerb von Stimmrechtsanteilen (lit b) .....	79
1. Definition .....	79
2. Stimmrechtsschwellen gem § 4 InvKG .....	79
3. Bemessung der Stimmrechtsanteile .....	80
D. Erwerb eines beherrschenden Einflusses (lit c) .....	85
1. Definition .....	85
2. Begriff des beherrschenden Einflusses .....	86
a) Beherrschenden Einfluss erlangende Person .....	86
b) Mittel des beherrschenden Einflusses .....	86
aa) Möglichkeit der Ausübung eines bestimmenden Einflusses .....	86

bb) Erwerb eines beherrschenden Einflusses durch den Erwerb von Anteilsrechten oder Vermögenswerten . . . . .	87
cc) Beherrschender Einfluss auf vertraglicher Grundlage . . . . .	87
dd) Andere Mittel des beherrschenden Einflusses . . . . .	87
3. Alleiniger beherrschender Einfluss . . . . .	88
a) Möglichkeit des beherrschenden Einflusses . . . . .	88
b) Alleiniger beherrschender Einfluss auf rechtlicher Grundlage . . . . .	88
c) Alleiniger beherrschender Einfluss auf faktischer Grundlage . . . . .	89
4. Gemeinsam beherrschender Einfluss . . . . .	89
a) Möglichkeit des gemeinsam beherrschenden Einflusses . . . . .	89
b) Gleiche Stimmrechte oder Besetzung der Entscheidungsgremien . . . . .	89
c) Vetorechte . . . . .	90
5. Änderung der Art der Kontrolle . . . . .	91
E. Erwerb von wesentlichen Vermögensbestandteilen (lit d) . . . . .	91
F. Mittelbare Erwerbsvorgänge . . . . .	92
VI. Unions- und völkerrechtliche Vorschriften, die einer Genehmigungspflicht entgegenstehen . . . . .	95
A. Entfall des Genehmigungsantrags . . . . .	95
B. Unionsrechtliche Vorschriften . . . . .	95
C. Völkerrechtliche Vorschriften . . . . .	95
1. Relevante Vorschriften . . . . .	95
2. GATS und OECD . . . . .	95
3. Investitionsschutzabkommen . . . . .	96
D. Zusammenfassung . . . . .	98
<b>5. Kapitel Ausnahmen für Kleinunternehmen . . . . .</b>	<b>99</b>
I. Einleitung . . . . .	99
II. Anwendbarkeit der Ausnahme . . . . .	100
III. Kleinunternehmen . . . . .	101
A. Legaldefinition . . . . .	101
1. Europarechtliche Vorgabe . . . . .	101
2. Zum Begriff des Beschäftigten . . . . .	101
3. Die finanziellen Schwellenwerte . . . . .	102
4. Stichtagsprinzip und Durchschnittsbetrachtung . . . . .	102
B. Start-up-Unternehmen . . . . .	102
IV. Konzernbetrachtung . . . . .	103
A. Keine Konzernregelungen . . . . .	103
B. Zurechnung von Tochtergesellschaften an Muttergesellschaften . . . . .	103
<b>6. Kapitel Der Prüfungsmaßstab nach dem InvKG . . . . .</b>	<b>104</b>
I. Einleitung . . . . .	105
II. Gefährdungen der Sicherheit oder öffentlichen Ordnung . . . . .	106
A. Primärrechtliche Rechtfertigung nach dem AEUV . . . . .	106
B. Sekundärrechtliche Konkretisierung durch die FDI-ScreeningVO . . . . .	108
C. Einklang des InvKG mit dem unionsrechtlichen Prüfungsmaßstab . . . . .	110
III. Materieller Prüfungsmaßstab nach dem InvKG . . . . .	112
A. Allgemeines . . . . .	112
B. Konkret geschütztes Grundinteresse der Gesellschaft . . . . .	113
C. Gefährdung des betroffenen Schutzguts durch den Erwerber . . . . .	117
D. „Tatsächliche“ oder „voraussichtliche“ Gefährdung . . . . .	120
E. Beurteilung der Gefährdung als bewegliches System . . . . .	122
IV. Verhältnismäßigkeit von behördlichen Maßnahmen . . . . .	123
A. Eignung und Erforderlichkeit . . . . .	123

B. Auswirkungen eines drohenden Konkurses .....	124
V. Relevanz von Gefährdungen iZm anderen Mitgliedstaaten .....	125
A. Vier Varianten nach dem InvKG .....	125
B. Loyalitätspflichten in der EU .....	125
C. Kooperation bei überprüften und nicht überprüften Direktinvestitionen in Österreich .....	126
D. Kooperation bei überprüften und bei nicht überprüften Direktinvestitionen in einem anderen Mitgliedstaat .....	127
VI. Identer Prüfungsmaßstab bei unmittelbaren sowie mittelbaren Erwerben .....	128
VII. Rein wirtschaftliche Gründe unzureichend .....	129
VIII. Transparenz und Kohärenz .....	131
IX. Mögliche Auswirkungen der FDI-ScreeningVO auf die EuGH-Rsp .....	132

**Dritter Teil: Nationales Verfahren und Kooperationsmechanismus**

<b>7. Kapitel Das nationale Verfahren .....</b>	<b>135</b>
I. Einleitung .....	136
II. Allgemeines .....	136
A. Anwendbare Bestimmungen .....	136
B. Parteistellung .....	136
C. Befangenheit .....	138
D. Akteneinsicht .....	140
E. Rechtliches Gehör .....	140
F. Kostenersatz und Gebühren .....	141
III. Das Genehmigungsverfahren auf Antrag des Erwerbers .....	142
A. Antragslegitimation und Antragspflicht .....	142
1. Antragspflicht des Erwerbers .....	142
2. Subsidiäre Anzeigepflicht des Zielunternehmens .....	143
B. Inhalt und Form des Antrags .....	144
1. Erforderliche Informationen .....	144
2. Ergänzende Unterlagen .....	144
3. Verfahrenssprache .....	145
4. Beginn des Fristenlaufs .....	145
C. Zeitpunkt der Antragstellung .....	146
D. Verfahrensablauf und Entscheidung .....	146
1. Vertieftes Prüfverfahren .....	148
2. Genehmigung mit Auflagen als eine Möglichkeit des Verfahrensausgangs im vertieften Verfahren .....	148
3. Zustellung der Entscheidung .....	150
IV. Verfahren auf Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung .....	150
A. Antragslegitimation .....	151
B. Inhalt und Form des Antrags .....	151
1. Erforderliche Informationen .....	151
2. Erforderliche Unterlagen .....	152
3. Beginn des Fristenlaufs .....	152
C. Zeitpunkt der Antragstellung .....	153
V. Amtswegiges Verfahren .....	154
VI. Das Verfahren im Überblick .....	155
A. Die Verfahren im Vergleich .....	155
B. Der Ablauf des Genehmigungsverfahrens .....	156
1. Phase I .....	156
2. Phase II (nur im Falle der Einleitung eines vertieften Prüfverfahrens) .....	157

<b>8. Kapitel Komitee für Investitionskontrolle</b> .....	158
I. Einleitung .....	158
II. Beiräte .....	159
III. Aufgaben des Komitees für Investitionskontrolle .....	160
IV. Zusammensetzung .....	160
A. Mitglieder und Ersatzmitglieder .....	160
B. Sachverständige .....	162
C. Befangenheit .....	163
D. Kontaktstellen .....	163
V. Vorsitz und Geschäftsführung .....	163
VI. Die Rolle und Einbindung des Komitees im nationalen Verfahren und im EU-Kooperationsmechanismus .....	164
A. Befassung des Komitees .....	164
B. Übermittlung von Informationen und Unterlagen .....	164
C. Weitere Einbindung bei nationalen Genehmigungsverfahren .....	165
D. Weitere Einbindung bei Verfahren im Rahmen des EU-Kooperationsmechanismus .....	167
VII. Sitzungen .....	167
A. Einberufung .....	167
B. Arten der Durchführung .....	168
C. Anwesenheitsquorum & Beschlussfassung .....	168
D. Protokoll .....	169
VIII. Vertraulichkeit .....	169
IX. Zusammenfassung .....	170
<b>9. Kapitel Der EU-Kooperationsmechanismus und seine Bedeutung für das nationale Verfahren</b> .....	171
I. Einleitung .....	172
A. Die Einführung einer neuen Kooperationsverpflichtung – Vergleich zum weggefallenen § 25a AußWG .....	172
B. Hintergründe und Anliegen des Unionsgesetzgebers .....	173
II. Die Definitionen des § 10 InvKG .....	174
III. Prozessuale Informationspflichten .....	176
A. Notifikations- und Auskunftspflichten allgemein – Informationspflichten der erwerbenden Person und des Zielunternehmens .....	176
B. Überprüfte Direktinvestitionen in Österreich .....	176
1. Notifikations- und Auskunftspflichten (§ 12 Abs 1 bis 4 InvKG) .....	176
2. Berücksichtigungspflicht der Stellungnahmen von Mitgliedstaaten und der Kommission (§ 12 Abs 5 und 6 InvKG) .....	178
C. Nicht überprüfte Direktinvestitionen in Österreich (§ 13 InvKG) .....	178
1. Zeitliche Begrenzung (§ 13 Abs 6 InvKG) .....	178
2. Auskunftspflichten (§ 13 Abs 1, 3 und 5 InvKG) .....	178
3. Berücksichtigungspflicht der Stellungnahme von Mitgliedstaaten und der Kommission (§ 13 Abs 2 und 4 InvKG) .....	179
D. Überprüfte Direktinvestitionen in anderen Mitgliedstaaten (§ 14 InvKG) .....	179
1. Grundgedanke der Regelung .....	179
2. Beschränkung der Kommentare auf die Gefährdung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung in Österreich (§ 14 Abs 2 InvKG) .....	180
3. Bekanntgabe der Absicht, Kommentare zu einer geplanten Direktinvestition abzugeben (§ 14 Abs 3 InvKG) .....	180
E. Nicht überprüfte Direktinvestitionen in anderen Mitgliedstaaten (§ 15 InvKG) .....	180
1. Befassung des Investitionskontrollkomitees und der Bundesregierung (§ 15 Abs 1 und 2 InvKG) .....	180

2. Erkundungspflicht bei wesentlichen Informationen (§ 15 Abs 3 InvKG) . . . . .	181
3. Beurteilung und Abgabe von Kommentaren (§ 15 Abs 4 InvKG) . . . . .	181
4. Zeitliche Beschränkung (§ 15 Abs 5 InvKG) . . . . .	181
5. Verpflichtung zur angemessenen Berücksichtigung der Kommentare . . . . .	181
IV. Auswirkung auf die materiellrechtliche Prüfung von Direktinvestitionen in Österreich . . . . .	182
A. Berücksichtigung von Kommentaren anderer Mitgliedstaaten oder einer Stellungnahme der Kommission (§ 12 Abs 5 und § 13 Abs 2 InvKG) . . . . .	182
1. Zielsetzung . . . . .	182
2. Berücksichtigungspflicht bezüglich der Stellungnahmen von Mitgliedstaaten und der Kommission wie auch deren Grenzen . . . . .	182
3. Sachlicher Prüfmaßstab – „voraussichtliche Beeinträchtigung“ vs „tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung“ . . . . .	184
B. Berücksichtigung von Stellungnahmen der Kommission hinsichtlich Projekten oder Programmen von Unionsinteresse (§ 12 Abs 6 und § 13 Abs 4 InvKG) . . . . .	186
C. Datenverarbeitung (§ 17 InvKG) . . . . .	186
V. Fristen und Auswirkung auf den zeitlichen Ablauf des nationalen Genehmigungsverfahrens . . . . .	186
A. Umsetzung der Fristen nach der FDI-ScreeningVO im InvKG . . . . .	186
B. Direktinvestitionen in Österreich, die einem Genehmigungsverfahren unterliegen (§ 12 InvKG) . . . . .	187
C. Direktinvestitionen in Österreich, die keinem Genehmigungsverfahren unterliegen (§ 13 InvKG) . . . . .	190
D. Direktinvestitionen in einem anderen Mitgliedstaat, die dort einem Prüfverfahren unterliegen (§ 14 InvKG) . . . . .	190
E. Direktinvestitionen in einem anderen Mitgliedstaat, die dort keinem Prüfverfahren unterliegen (§ 15 InvKG) . . . . .	191
VI. Conclusio und Konsequenzen des Kooperationsmechanismus für die Transaktionspraxis . . . . .	191

**Vierter Teil: Effektivität, Kontrolle und Durchsetzbarkeit  
der österreichischen Investitionskontrolle**

<b>10. Kapitel Kontrollbestimmungen, Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten, Behandlung vertraulicher Informationen . . . . .</b>	<b>193</b>
I. Einleitung . . . . .	194
II. Kontrollbestimmungen und Überwachungsmaßnahmen . . . . .	194
A. Regelungsüberblick . . . . .	194
B. Kontrollorgane und Adressaten der Kontrollbefugnisse . . . . .	195
1. Kontrollorgane . . . . .	195
2. Adressaten . . . . .	196
C. Kontrollbefugnisse . . . . .	196
1. Allgemeines . . . . .	196
2. Allgemeine Überwachungskompetenzen . . . . .	197
3. Betretungsrecht . . . . .	199
4. Befragungsrecht . . . . .	200
5. Vorlage- und Einsichtsrecht . . . . .	201
D. Verständigungspflicht . . . . .	201
E. Mitwirkungspflicht der Adressaten . . . . .	202
F. Schonungsprinzip . . . . .	203
G. Sonstige verfahrensrechtliche Aspekte . . . . .	203
1. Niederschrift . . . . .	203
2. Rechtsschutz . . . . .	204

III. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	205
A. Allgemeines	205
B. Adressaten der Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht	205
C. Gegenstand der Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht	206
D. Art und Ort der Aufzeichnung und Aufbewahrung	207
E. Aufbewahrungsfrist	208
F. Sanktionen	208
IV. Behandlung vertraulicher Informationen und Datenschutz	209
A. Überblick	209
B. Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	209
1. Regelungsüberblick	209
2. Verpflichtete Personen	209
3. Geschützte Geheimnisse	210
4. Offenbarung bzw Verwertung	212
5. Pflichten nach dem Informationssicherheitsgesetz	212
C. Datenschutz im Rahmen des Kooperationsmechanismus	213
<b>11. Kapitel Vollzugsverbot</b>	215
I. Einleitung	215
II. Vollzugsverbot – Zweck und Reichweite	216
A. „Durchführung“ des Vorgangs	216
B. Informationsfluss im Rahmen der Transaktionsvorbereitung	218
C. Conclusio	220
III. Nichtigkeit	221
A. Allgemeines	221
B. Unmittelbare Erwerbsvorgänge	221
C. Mittelbare Erwerbsvorgänge	221
IV. Heilung/Rückabwicklung	222
<b>12. Kapitel Strafrechtliche Aspekte des Investitionskontrollrechts</b>	224
I. Einleitung	225
II. Gerichtlich strafbare Handlungen gem § 25 InvKG	226
A. Grunddelikt	226
B. Täter	227
C. Tathandlung	228
1. Durchführen einer genehmigungspflichtigen Direktinvestition ohne Genehmigung (§ 25 Abs 1 Z 1 InvKG)	228
2. Verstoßen gegen eine Auflage (§ 25 Abs 1 Z 2 InvKG)	229
3. Erschleichen einer Genehmigung oder Unbedenklichkeitsbescheinigung (§ 25 Abs 1 Z 3 InvKG)	229
D. Qualifikationen	229
1. Gewerbsmäßige Begehung	229
2. Verwendung falscher oder verfälschter Urkunden, Daten oder Beweismittel	230
E. Anwendbarkeit des Allgemeinen Teils des StGB	231
F. Subjektive Tatseite	231
1. Vorsatzdelikte (§ 25 Abs 1 und 2 InvKG)	231
2. Fahrlässigkeitsdelikte (§ 25 Abs 3 InvKG)	231
G. Versuch	232
H. Universalwirkung	234
I. Subsidiarität	234
J. Schuldaußschließungsgründe	234
1. Rechtsirrtum (§ 9 StGB)	234
2. Keine tätige Reue	236



III. Strafprozessuale Aspekte . . . . .	237
A. Einleitung . . . . .	237
B. Zuständigkeit . . . . .	237
1. Gerichtliche Zuständigkeit . . . . .	237
2. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaften . . . . .	238
C. Ermittlungsmaßnahmen . . . . .	239
1. Hausdurchsuchung . . . . .	240
2. Sicherstellung und Beschlagnahme . . . . .	241
D. Anzeigepflicht des BMDW . . . . .	243
E. Verfahrensbeteiligte . . . . .	244
1. Keine Opfer iSd § 65 StPO . . . . .	244
2. Keine sonstigen Akteneinsichtsberechtigten . . . . .	245
3. Stellung und Rechte der Behörde bzw Republik . . . . .	246
F. Datenschutz und (Ausschluss der) Öffentlichkeit . . . . .	246
1. Einleitung . . . . .	246
2. (Keine) Öffentlichkeit . . . . .	246
3. Datenschutz im Strafverfahren . . . . .	247
G. Folgen eines Strafurteils . . . . .	247
1. Strafe . . . . .	247
2. Mittelbare Folgen . . . . .	247
3. Vermögensrechtliche Anordnungen . . . . .	247
IV. Verbandsverantwortlichkeit . . . . .	249
A. Allgemeines . . . . .	249
B. Verbände . . . . .	249
C. Voraussetzungen der Verantwortlichkeit . . . . .	249
D. Verbandsgeldbuße . . . . .	251
1. Bemessung . . . . .	251
2. Alternativen zur Verbandsgeldbuße . . . . .	252
3. Haftung der Rechtsnachfolger . . . . .	252
4. Beschränkte Rückgriffsmöglichkeiten . . . . .	253
E. Verfahrensrechtliche Aspekte . . . . .	253
1. Beschuldigtenrechte . . . . .	253
2. Ablauf des Verfahrens . . . . .	254
3. Beschlagnahme von Vermögenswerten zur Sicherung der möglichen Ver- bandsgeldbuße . . . . .	254
4. Benachrichtigung der Verwaltungs- bzw Aufsichtsbehörde . . . . .	255
V. Verwaltungsstrafbestimmungen gem § 26 InvKG . . . . .	255
A. Tatbestände . . . . .	255
B. Zuständigkeit . . . . .	256
C. Verantwortlichkeit bei juristischen Personen . . . . .	256
D. Haftung der juristischen Person . . . . .	257

**Fünfter Teil: Investitionskontrollregimes im Vergleich und mögliche  
Prüfungskriterien aus strategisch-sicherheitspolitischer Sicht**

<b>13. Kapitel Investitionskontrollen in Europa und der Welt: Die Suche nach dem Optimum aus Effizienz und Sicherheit . . . . .</b>	<b>259</b>
I. Einleitung . . . . .	260
A. Weltweite Tendenz zur verschärften Kontrolle von Investitionen . . . . .	260
B. Vergleichsmethodologie . . . . .	262
1. Rechtsvergleichung . . . . .	262
2. Länderauswahl . . . . .	262
3. Vergleichsparameter . . . . .	262

II. Deutschland	264
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	264
B. Sektorale und personelle Reichweite	265
C. Erfasste Investitionsvorgänge	266
D. Prüfungsmaßstab	266
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	267
III. Frankreich	268
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	268
B. Sektorale und personelle Reichweite	269
C. Erfasste Investitionsvorgänge	270
D. Prüfungsmaßstab	271
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	271
IV. Polen	272
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	272
B. Sektorale und personelle Reichweite	273
C. Erfasste Investitionsvorgänge	274
D. Prüfungsmaßstab	275
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	275
V. Norwegen	276
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	276
B. Sektorale und personelle Reichweite	277
C. Erfasste Investitionsvorgänge	277
D. Prüfungsmaßstab	278
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	278
VI. USA	279
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	279
B. Sektorale und personelle Reichweite	280
C. Erfasste Investitionsvorgänge	281
D. Prüfungsmaßstab	282
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	282
VII. Kanada	285
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	285
B. Sektorale und personelle Reichweite	285
C. Erfasste Investitionsvorgänge	286
D. Prüfungsmaßstab	287
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	288
VIII. Japan	289
A. Grundstruktur/Mechanismusgattung(en)	289
B. Sektorale und personelle Reichweite	289
C. Erfasste Investitionsvorgänge	290
D. Prüfungsmaßstab	291
E. Prüfungsverfahren und behördliche Entscheidungsverteilung	291
IX. Ergebnisse und Schlussfolgerung	292
<b>14. Kapitel Quo Vadis – Vorschläge zu Prüfkriterien für die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen aus strategisch-sicherheitspolitischer Sicht</b>	293
I. Einleitung	294
II. Welche Unternehmen sind für ausländische Investoren interessant und weshalb ist das für die Sicherheit oder öffentliche Ordnung von Bedeutung?	296
A. Einleitung	296
B. Marktanteil	296
C. Kundenportfolio und Auftragsbestand	297
D. Reputation und Markenwert	297

E. Unternehmensführung .....	298
F. Produkt- und Dienstleistungsportfolio .....	298
G. Unternehmensdaten .....	299
H. Technologiekompetenz .....	299
1. Einleitung .....	299
2. Forschungs- und Entwicklungsportfolio .....	300
3. Forschungs- und Entwicklungsnetzwerk .....	300
4. Fertigungsverfahren .....	300
5. Patente .....	301
I. Supply Chain Management .....	301
J. Humankapital .....	301
K. Anlagen .....	302
L. Kapital und liquide Mittel .....	302
III. Welche Indikatoren sind mit Blick auf ausländische Investoren in Bezug auf die Sicherheit oder öffentliche Ordnung ausschlaggebend? .....	303
A. Einleitung .....	303
B. Motivlage des Investors .....	303
C. Bisheriges Verhalten des Investors .....	304
D. Vom Investor angestrebter Unternehmensanteil .....	304
E. Weitere Investitionen desselben Investors im Zielland und in anderen EU-Mitgliedstaaten .....	304
F. Portfolio des Investors .....	305
G. Netzwerk des Investors .....	305
H. Rechtsordnung im Herkunftsland des Investors .....	306
IV. Welche Handlungen eines ausländischen Investors indizieren eine Gefährdung der Sicherheit oder öffentlichen Ordnung? .....	307
A. Einleitung .....	307
B. Gefährdung der nationalen Versorgungssicherheit .....	307
C. Gefährdung der nationalen Herstellungskompetenz .....	308
D. Missbrauch von Produkten und Dienstleistungen .....	308
E. Missbrauch von Daten .....	309
F. Zugang zu Gefahrenstoffen .....	309
G. Unterminierung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit .....	310
H. Unerlaubter Technologie- und Wissenstransfer .....	310
V. Ausblick .....	311
A. Einleitung .....	311
B. Transparenz .....	311
C. Dialog .....	311
D. Kontinuierliches Risikomanagement .....	312
E. Harmonisierung auf europäischer Ebene .....	312
1. Angleichung von Prüfkriterien .....	312
2. Ausbau eines europäischen Informationssystems .....	313

**Sechster Teil: Erfahrungen beim Vollzug des InvKG und Checklisten**

<b>15. Kapitel Aufgaben und Erfahrungen des BMDW .....</b>	<b>315</b>
I. Einleitung .....	316
II. Das BMDW als zuständige Behörde .....	316
III. Das BMDW als Servicestelle .....	318
IV. Die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort als Kontrollbehörde .....	318
A. Kontrollbestimmungen, Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten .....	318

## Inhaltsverzeichnis

---

B. Vorprüfung des BMDW und die Möglichkeit zur Einleitung amtswegiger Verfahren .....	320
V. Aufgaben des BMDW im Rahmen des nationalen Verfahrens und des EU-Verfahrens .....	321
A. Nationaler Kontaktpunkt im Rahmen des EU-Konsultationsmechanismus .....	321
B. Komitee für Investitionskontrolle .....	322
1. Vorsitz .....	322
2. Geschäftsführung .....	324
3. Kontaktstelle des Komitees .....	324
C. Erstellung des Tätigkeitsberichts und des jährlichen Berichts an die Europäische Kommission .....	325
1. Tätigkeitsbericht .....	325
2. Jährliche Berichtspflicht an die Europäische Kommission .....	327
VI. Bisherige Erfahrungen und Ausblick .....	328
A. Vollzug des § 25a AußWG und des InvKG im Vergleich .....	328
B. Bisherige Praxiserfahrungen im Vollzug des InvKG .....	329
1. Einleitung .....	329
2. Sachverständigenbeziehung .....	329
3. Interpretation des Teils 2 der Anlage zum InvKG .....	329
4. Gefährdungsprüfung .....	331
5. Konzerninterne Umstrukturierungen .....	334
C. Bisherige Praxiserfahrungen im Rahmen des EU-Kooperationsmechanismus .....	335
1. Einleitung .....	335
2. Der EU-Kooperationsmechanismus als wichtiges Mittel für den Informationsaustausch .....	335
3. Der Fristenlauf im EU-Kooperationsmechanismus .....	336
4. Absichtserklärungen .....	337
5. Kommentare und Stellungnahmen .....	338
6. Kommentare ohne Absichtserklärungen .....	339
D. Verfahrensstatistik .....	339
<b>16. Kapitel Checklisten und Muster .....</b>	<b>344</b>
I. Unterlagen und notwendige Informationen iZm dem Genehmigungsverfahren .....	344
A. Musterantrag .....	344
B. Formblatt der Europäischen Kommission .....	347
C. Checkliste – Genehmigungsantrag .....	356
II. Unterlagen und notwendige Informationen iZm dem Verfahren auf Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung .....	357
A. Musterantrag .....	357
B. Checkliste – Unbedenklichkeitsbescheinigung .....	359
III. FAQ .....	360
A. FAQ des BMDW .....	360
1. EU-Kooperationsmechanismus .....	360
2. Verfahren .....	361
3. Unbedenklichkeitsbescheinigung .....	363
4. Auslegungsfragen .....	363
B. FAQ der Europäischen Kommission .....	363
<b>Anhang Geschäftsordnung des Komitees für Investitionskontrolle .....</b>	<b>364</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>371</b>